

Geschäftsverzeichnismrn. 7106, 7108 und 7113
Entscheid Nr. 53/2020 vom 23. April 2020

ENTSCHEID

In Sachen: Klagen auf völlige oder teilweise Nichtigkeitklärung des Gesetzes vom 18. Juli 2018 « zur Belebung der Wirtschaft und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts » und gegebenenfalls des Gesetzes vom 30. Oktober 2018 « zur Abänderung des Gesetzes vom 18. Juli 2018 zur Belebung der Wirtschaft und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des Einkommensteuergesetzbuches 1992 », erhoben von der VoG « Unie van Zelfstandige Ondernemers » und anderen, vom « Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften » und anderen und von der VoG « Neutraal Syndicaat voor Zelfstandigen » und anderen.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten A. Alen und F. Daoût, und den Richtern L. Lavrysen, J.-P. Moerman, T. Merckx-Van Goey, P. Nihoul, T. Giet, R. Leysen, J. Moerman und M. Pâques, unter Assistenz des Kanzlers F. Meersschaut, unter dem Vorsitz des Präsidenten A. Alen,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

*

* *

I. Gegenstand der Klagen und Verfahren

a. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 24. Januar 2019 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 29. Januar 2019 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf teilweise Nichtigerklärung des Gesetzes vom 18. Juli 2018 « zur Belebung der Wirtschaft und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 26. Juli 2018): die VoG « Unie van Zelfstandige Ondernemers », die VoG « Boerenbond », die VoG « Unie van het KMO-bouwbedrijf », die VoG « Nationaal Verbond van Zelfstandige Elektriciens en Handelaars in Elektrische Toestellen », die VoG « Federatie van de Hotel-, Restaurant-, Caféhouders en Aanverwanten van Vlaanderen », die VoG « NAV, Netwerk Architecten Vlaanderen », die VoG « Belgische Fitnessorganisatie », die VoG « Federatie van de Belgische Textielverzorging », die VoG « Unie van Belgische Kappers » und die VoG « Nationale Vereniging van Beroepsfotografen », unterstützt und vertreten durch RA F. Judo und RA T. Souverijns, in Brüssel zugelassen.

b. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 28. Januar 2019 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 30. Januar 2019 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf Nichtigerklärung desselben Gesetzes vom 18. Juli 2018 und des Gesetzes vom 30. Oktober 2018 « zur Abänderung des Gesetzes vom 18. Juli 2018 zur Belebung der Wirtschaft und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des Einkommensteuergesetzbuches 1992 » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 12. November 2018): der « Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Belgiens », der « Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund », die « Allgemeine Zentrale der Liberalen Gewerkschaften Belgiens », Mario Coppens, Marc Leemans, Robert Verteneuil, Sandra Vandergucht, Catherine Pollard, Andrea Roegiers, Jean-Marc Robillard und Martin Willems, unterstützt und vertreten durch RA J. Buelens und RA J. Van Laer, in Antwerpen zugelassen.

c. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 25. Januar 2019 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 4. Februar 2019 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf teilweise Nichtigerklärung derselben Gesetze vom 18. Juli 2018 und vom 30. Oktober 2018: die VoG « Neutraal Syndicaat voor Zelfstandigen », der Berufsverband « Landsbond der Beenhouwers, Speklagers en Traiteurs van België », die VoG « Eloya », die « Bouwwerken Jurgen Van Impe » PGmbH und Jurgen Van Impe, unterstützt und vertreten durch RA. A. Vandaele, in Brüssel zugelassen.

Diese unter den Nummern 7106, 7108 und 7113 ins Geschäftsverzeichnis des Gerichtshofes eingetragenen Rechtssachen wurden verbunden.

Schriftsätze wurden eingereicht von

- der VoG « Vlaams Netwerk van verenigingen waar armen het woord nemen », unterstützt und vertreten durch RA J. Buelens und RA J. Van Laer (in der Rechtssache Nr. 7108),

- dem Ministerrat, unterstützt und vertreten durch RÄin V. Pertry, in Brüssel zugelassen.

Die klagenden Parteien haben Erwidernsschriftsätze eingereicht.

Der Ministerrat hat auch einen Gegenerwiderungsschriftsatz eingereicht.

Durch Anordnung vom 4. Dezember 2019 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter J. Moerman und J.-P. Moerman beschlossen, dass die Rechtssachen verhandlungsreif sind, dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung eingereicht hat, und dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung am 18. Dezember 2019 geschlossen und die Rechtssachen zur Beratung gestellt werden.

Infolge des Antrags der klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 7108 auf Anhörung hat der Gerichtshof durch Anordnung vom 18. Dezember 2019 den Sitzungstermin auf den 15. Januar 2020 anberaumt.

Auf der öffentlichen Sitzung vom 15. Januar 2020

- erschienen

. RA T. Souverijns, ebenfalls *loco* RA F. Judo, für die klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 7106,

. RA J. Buelens und RA J. Van Laer, für die klagenden Parteien und die intervenierende Partei in der Rechtssache Nr. 7108,

. RA A. Vandaele, für die klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 7113,

. RÄin V. Pertry und RA F.-X. Gaudissart, in Brüssel zugelassen, für den Ministerrat,

- haben die referierenden Richter J. Moerman und J.-P. Moerman Bericht erstattet,

- wurden die vorgenannten Rechtsanwälte angehört,

- wurden die Rechtssachen zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

In Bezug auf die Zulässigkeit

In Bezug auf die Darlegung der Klagegründe

B.1.1. Der Ministerrat macht geltend, dass die Nichtigkeitsklagen teilweise unzulässig seien, da Einwände gegen manche Bestimmungen und eine Darlegung bezüglich bestimmter Teile der Klagegründe fehlten.

B.1.2. Um den Erfordernissen nach Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof zu entsprechen, müssen die Klagegründe nicht nur angeben, welche Vorschriften, deren Einhaltung der Gerichtshof gewährleistet, verletzt wären, sondern auch, welche Bestimmungen gegen diese Vorschriften verstoßen würden, und darlegen, in welcher Hinsicht diese Vorschriften durch die fraglichen Bestimmungen verletzt würden.

Der Gerichtshof prüft die Klagegründe insofern, als sie den vorerwähnten Erfordernissen entsprechen.

In Bezug auf die Rechtzeitigkeit der Klagegründe hinsichtlich der Dienstleistung über eine zugelassene elektronische Plattform

B.2.1. Der Ministerrat stellt die Zulässigkeit der Klagegründe in Abrede, die sich auf das Statut des Dienstleisters über eine zugelassene elektronische Plattform beziehen, da dieses Statut durch das Programmgesetz vom 1. Juli 2016 eingeführt worden sei, gegen das die klagenden Parteien keine Nichtigkeitsklage erhoben hätten.

B.2.2. Eine Klage, die gegen einen Behandlungsunterschied gerichtet ist, der sich nicht aus dem angefochtenen Gesetz ergibt, sondern bereits in einem früheren Gesetz enthalten ist, ist unzulässig.

Wenn der Gesetzgeber in neuen Rechtsvorschriften jedoch eine alte Bestimmung übernimmt und sich auf diese Weise deren Inhalt zu eigen macht, kann gegen die übernommene Bestimmung eine Klage innerhalb von sechs Monaten nach deren Veröffentlichung eingereicht werden.

B.2.3. Die Regelung zur sogenannten « Sharing Economy » wurde ursprünglich durch das Programmgesetz vom 1. Juli 2016 eingeführt und bezieht sich auf « Einkünfte aus Dienstleistungen, wie der Pflege eines Gartens, dem Flickern von Kleidung oder dem Geben von Gitarrenunterricht, (aber nicht der Lieferung von Waren), die eine steuerpflichtige Privatperson gegenüber einer anderen Privatperson unter Einsatz einer Onlineplattform erbringt, die vom Staat zugelassen ist oder organisiert wird » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2015-2016, DOC 54-1875/001, SS. 22-23). Es wurde ein günstiger neuer Steuerrahmen für diese Einkünfte vorgesehen, wenn sie das jährliche Maximum nicht überschreiten:

« Un régime fiscal avantageux est prévu, dès lors que la moitié des revenus sont considérés comme des frais forfaitaires et sont donc exemptés de l'impôt et que l'autre moitié est imposée au taux de 20 p.c. La charge fiscale réelle s'élève donc à 10 p.c. de l'ensemble des revenus ainsi obtenus » (ebenda, S. 166).

Es ist ebenso vorgesehen, dass Personen, die in Belgien gelegentlich eine Tätigkeit ausüben, aus der sich im Rahmen der Sharing Economy verschiedene Einkünfte ergeben, in Bezug auf diese Tätigkeit nicht dem Sozialstatut der Selbständigen unterliegen (ebenda, S. 12).

B.2.4. Die angefochtenen Bestimmungen führen dazu, dass die im Rahmen der Sharing Economy erbrachten Dienstleistungen genauso wie die im Rahmen der anderen beiden Säulen erbrachten Leistungen nicht in den Anwendungsbereich eines großen Teils der arbeitsrechtlichen Vorschriften und der sozialen Sicherheit fallen. Daneben sehen die angefochtenen Bestimmungen ebenso eine günstigere Steuerbefreiung gegenüber dem bestehenden System vor. Der Umstand, dass die angefochtenen Bestimmungen Elemente wieder aufgreifen, die bereits im Programmgesetz vom 1. Juli 2016 enthalten waren, ändert nichts daran, dass der Gesetzgeber erneut rechtsetzend aufgetreten ist.

Die Einrede wird abgewiesen.

In Bezug auf die angefochtenen Bestimmungen

B.3.1. Die angefochtenen Bestimmungen führen eine Regelung für den gelegentlichen Hinzuverdienst ein. Der Gesetzgeber wollte die Möglichkeit für diejenigen, die bereits das

Hauptstatut eines Selbständigen, Arbeitnehmers oder Pensionierten innehaben, vorsehen, steuerfrei bis 6 000 Euro pro Jahr dazuzuverdienen (*Parl. Dok.*, Kammer, DOC 54-2839/001, S. 149). Leistungen, die im Rahmen der Bedingungen dieser Regelung erbracht werden, fallen nicht in den Anwendungsbereich der allgemeinen arbeitsrechtlichen Vorschriften und führen nicht zum Entstehen sozialer Rechte. Hinsichtlich der Vergütung für diese Leistungen werden keine Sozialbeiträge oder Steuern erhoben.

B.3.2. Das Gesetz vom 18. Juli 2018 « zur Belebung der Wirtschaft und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts » (nachstehend: Gesetz vom 18. Juli 2018) wurde an verschiedenen Stellen durch das Gesetz vom 30. Oktober 2018 « zur Abänderung des Gesetzes vom 18. Juli 2018 in Bezug auf die Wirtschaftsbelebung und die Verstärkung der sozialen Kohäsion und des Einkommensteuergesetzbuches 1992 » (nachstehend: Gesetz vom 30. Oktober 2018) abgeändert. Die Nichtigkeitsklagen richten sich gegen das Gesetz vom 18. Juli 2018 in der Fassung seiner Abänderung durch das Gesetz vom 30. Oktober 2018.

B.3.3. Die Regelung zum gelegentlichen Hinzuverdienst beruht auf drei Säulen: der Vereinigungsarbeit, den gelegentlichen Dienstleistungen zwischen Bürgern und den über zugelassene elektronische Plattformen erbrachten Dienstleistungen.

B.3.4. Die erste Säule bezieht sich auf die Vereinigungsarbeit. Nach Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 wird unter Vereinigungsarbeit verstanden:

« 1° [...] : toute activité :

- a) réalisée dans les limites du présent chapitre contre indemnité;
- b) réalisée au profit d'une ou plusieurs personnes, autres que celle qui exécute l'activité, d'un groupe ou d'une organisation ou de la société dans son ensemble;
- c) organisée par une organisation;
- d) réalisée par une personne qui, conformément aux conditions du présent chapitre, exerce également une activité professionnelle habituelle et à titre principal telle que définie à l'article 4 de la présente loi;
- e) réalisée par une personne qui, au cours de la période où elle fournit des prestations dans le cadre du travail associatif tel que visé par la présente loi, n'est pas liée par un contrat de travail, un contrat de service ou une affectation statutaire avec la même organisation, et ne fait

pas office de volontaire au sens de la loi du 3 juillet 2005 relative aux droits des volontaires pour la même organisation dans la mesure où elle reçoit un défraiement;

f) et qui ne repose pas sur une simple participation aux activités ».

B.3.5. Die Tätigkeiten, die im Rahmen der Vereinigungsarbeit ausgeübt werden können, sind in Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 in der Fassung der Abänderung durch das Gesetz vom 30. Oktober 2018 aufgezählt:

« 1. Animateur, chef, moniteur ou coordinateur qui dispense une initiation sportive et/ou des activités sportives;

2. Entraîneur sportif, professeur de sport, coach sportif, coordinateur des sports pour les jeunes, arbitre sportif, membre du jury, steward, responsable du terrain ou du matériel, signaleur aux compétitions sportives;

3. Concierge d'infrastructure de jeunesse, sportive, culturelle et artistique;

4. Personne en charge de la gestion des bâtiments de services de proximité, lieux de rencontre accessibles à tous dans le cadre du développement communautaire et ayant pour mission la gestion de clés ainsi que de petits travaux d'entretien tels que de petites réparations et le nettoyage;

5. Accompagnateur artistique ou technico-artistique dans le secteur des arts amateurs, le secteur artistique ainsi que le secteur de l'éducation culturelle;

6. Guide ou accompagnateur d'arts, de patrimoine ou de la nature;

7. Formateur dans le cadre de l'aide aux personnes;

8. Accompagnateur dans l'accueil organisé à l'école avant, pendant et/ou après les heures d'école ou pendant les congés scolaires ainsi que lors du transport de et vers l'école;

9. [...]

10. La garde de nuit, à savoir le fait de dormir chez des personnes ayant besoin d'aide, et la garde de jour de ces personnes, selon les modalités et critères de qualité à élaborer par chaque Communauté;

11. Accompagnateur dans les voyages scolaires, les activités scolaires, les activités du comité des parents ou du conseil des parents et dans les travaux d'embellissement occasionnels ou à petite échelle de l'école ou de son aire de jeux;

12. Aide et appui occasionnels ou à petite échelle dans le domaine de la gestion administrative, l'administration, le classement des archives ou dans le cadre d'une responsabilité logistique pour des activités dans le secteur socio-culturel, sportif, de l'éducation culturelle, de l'éducation artistique, des arts et dans l'enseignement;

13. Aide occasionnelle et à petite échelle à la gestion, à l'entretien et à l'ouverture au grand public de réserves naturelles et du patrimoine culturel;

14. Aide occasionnelle ou à petite échelle pour l'élaboration de newsletters ou d'autres publications ainsi que de sites internet dans le secteur socio-culturel, sportif, de l'éducation culturelle, de l'éducation artistique, des arts et dans l'enseignement;

15. Animateur de formations, de conférences, de présentations ou de spectacles sur des thèmes culturels, artistiques et sociétaux dans le secteur socio-culturel, sportif, de l'éducation culturelle, de l'éducation artistique et des arts;

16. Dans le respect des règlements concernant les exigences de qualité en vue de l'exécution à titre professionnel de ces activités : assistance dans les centres de soins résidentiels et les structures pour personnes avec un handicap en complément des activités organisées par le personnel fixe, et notamment le fait de tenir compagnie aux personnes, de les aider lors d'activités et d'excursion;

17. Accueil de bébés et jeunes enfants et accueil extrascolaire d'enfants scolarisés selon les modalités et critères de qualité à élaborer par chaque Communauté.

[...] ».

B.3.6. Die Vereinigungsarbeiter und die Organisation sind verpflichtet, einen schriftlichen Vertrag mit einigen obligatorischen Angaben aufzusetzen (Artikel 5). Nach Artikel 6 haftet die Organisation zivilrechtlich, wenn der Vereinigungsarbeiter der Organisation oder Dritten bei der Erfüllung des Vertrages einen Schaden zufügt; das gilt nicht bei Betrug, grobem Verschulden oder gewöhnlich vorkommendem leichtem Verschulden. Nach Artikel 7 ist die Organisation verpflichtet, einen Versicherungsvertrag zur Deckung der Risiken der Vereinigungsarbeit abzuschließen. Der Beginn und das Ende der Leistungen sowie die Vergütung müssen elektronisch registriert werden (Artikel 19).

Die Organisationen müssen das Wohlbefinden der Vereinigungsarbeiter durch Maßnahmen anstreben, die sich auf die Arbeitssicherheit, den Schutz der Gesundheit des Vereinigungsarbeiters auf der Arbeit, die psychosozialen Aspekte der Arbeit, die Ergonomie, die Arbeitshygiene und die Verschönerung der Arbeitsplätze beziehen, sowie die Maßnahmen der Organisation des Lebensbereichs, die diese Elemente beeinflussen können (Artikel 10). Artikel 11 zählt die Verpflichtungen des Vereinigungsarbeiters auf:

« § 1er. Tout travailleur associatif doit, dans son travail quotidien, sur le lieu de travail associatif et conformément à sa formation et aux instructions fournies par l'organisation, veiller au mieux à sa propre sécurité et sa propre santé, ainsi qu'à celles des autres personnes impliquées.

Pour ce faire, les travailleurs associatifs travailleurs associatifs doivent surtout, conformément à leur formation et aux instructions fournies par l'organisation :

1° utiliser correctement les machines, appareils, outils, substances dangereuses, moyens de transport et autres moyens;

2° utiliser correctement les équipements de protection individuelle mis à leur disposition et les ranger après utilisation;

3° ne pas désactiver, modifier ou déplacer arbitrairement des dispositifs de sécurité spécifiques notamment de machines, d'appareils, d'outils, d'installations et de bâtiments, mais les utiliser correctement;

4° informer immédiatement l'organisation de toute situation dont ils peuvent raisonnablement supposer qu'elles entraînent un danger immédiat grave pour la sécurité et la santé, ainsi que de tout défaut constaté dans les systèmes de protection;

5° fournir une assistance à l'organisation le temps nécessaire pour lui permettre d'exécuter toutes les tâches ou de satisfaire à toutes les obligations qui lui sont imposées en vue du bien-être des travailleurs associatifs dans le cadre de l'exécution de leur mission;

6° fournir une assistance à l'organisation le temps nécessaire pour que l'organisation, puisse veiller à ce que le milieu professionnel et les conditions de travail soient sûrs et ne comportent pas de risques pour la sécurité et la santé dans le cadre de leurs activités;

7° contribuer positivement à la politique de prévention mise en place par l'organisation dans le cadre de la protection des travailleurs associatifs contre la violence, le harcèlement moral et le harcèlement sexuel au travail, ne poser aucun acte de violence, de harcèlement moral ou de harcèlement sexuel durant ou à la suite du travail associatif, et ne pas utiliser illégalement les procédures applicables.

§ 2. Le Roi peut élaborer plus en détail les obligations des travailleurs associatifs et les développer davantage en appliquant ou pour éviter des situations de risque spécifiques ».

B.3.7. Die zweite Säule bezieht sich auf die gelegentlichen Dienstleistungen zwischen Bürgern. Artikel 20 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 definiert den Begriff « gelegentliche Dienstleistungen zwischen Bürgern » und zählt die Tätigkeiten auf, die im Rahmen dieses Statutes ausgeübt werden können:

« Pour l'application du présent chapitre, il y a lieu d'entendre par :

1° services occasionnels entre les citoyens: toute activité :

a) réalisée dans les limites du présent chapitre contre indemnité;

b) réalisée au profit d'une ou plusieurs personnes physiques, autre(s) que celle qui effectue l'activité et avec laquelle ou avec la société de laquelle l'intéressé n'est pas lié par un contrat de travail, une occupation statutaire ou un contrat d'entreprise;

c) réalisée par une personne physique qui exerce également une activité professionnelle à titre habituel et principal telle que définie à l'article 21;

d) qui ne repose pas sur une simple participation aux activités;

Et pour autant que cela concerne des bénéfices ou profits qui, en dehors de l'exercice d'une activité professionnelle, découlent de services, autres que les services qui génèrent exclusivement des revenus soumis à l'impôt conformément aux articles 7, 17 ou 90, alinéa 1er, 5°, du Code des impôts sur les revenus 1992, qui sont fournis par le contribuable lui-même à des tiers.

Les prestations qui peuvent être effectuées entre citoyens dans le cadre des services occasionnels tels que visés au présent chapitre sont les suivantes :

1. dans le respect de la législation communautaire: garde d'enfants, garde, services d'assistance familiale, accueil extrascolaire et accueil pendant les congés scolaires, organisé dans une habitation privée ou non privée;

2. dans le respect des règlements concernant les exigences de qualité en vue de l'exécution à titre professionnel de ces activités : l'aide et l'assistance aux personnes nécessitant des soins (où on doit comprendre dans la version néerlandaise de cet alinéa *zorg voor zorgbehoevende personen*);

3. cours particuliers, cours de musique, de dessin, de bricolage ou de technique dans l'habitation privée de l'enseignant ou dans l'habitation du donneur d'ordre;

4. cours de sport;

5. petits travaux d'entretien à l'habitation ou autour d'elle;

6. aide administrative et aide ponctuelle lors de problèmes informatiques (IT), à l'exclusion d'une comptabilité professionnelle;

7. entretien de tombes et autres lieux de mémoire;

8. aide aux personnes lors de tâches ménagères occasionnelles ou petites dans l'habitation de l'utilisateur, à l'exception du ménage régulier, sachant que l'aide lorsqu'on effectue un grand nettoyage ou lorsque l'on vide une habitation est autorisée;

9. aide et soutien aux et transport de personnes: accompagner et tenir compagnie à l'utilisateur et aux membres de la famille (à des rendez-vous, des activités ou à son domicile);

10. surveillance de biens immobiliers;

11. la prise en charge, garde et promenade d'animaux.

2° prestataire de services occasionnel : toute personne physique qui réalise une activité visée au point 1° qui ne constitue pas une activité indépendante et qui ne se livre pas à de la concurrence déloyale ou n'y contribue pas vis-à-vis de l'employeur auprès duquel il est employé ou des employeurs auprès desquels il est employé.

[...] ».

B.3.8. Die gelegentlichen Dienstleister müssen über eine Versicherung zur Deckung der Risiken infolge zivilrechtlicher Haftung verfügen (Artikel 22). Der Beginn und das Ende der Leistungen sowie die Vergütung müssen elektronisch registriert werden (Artikel 25).

B.3.9. Die dritte Säule bezieht sich auf die über eine zugelassene elektronische Plattform erbrachten Dienstleistungen, die die folgenden, in Artikel 90 Absatz 1 Nr. 1*bis* des Einkommensteuergesetzbuches 1992 (nachstehend: EStGB 1992) erwähnten Bedingungen erfüllen:

« a) les services sont uniquement rendus à des personnes physiques qui n'agissent pas dans le cadre de leur activité professionnelle;

b) les services sont rendus dans le cadre de conventions qui ont été conclues par l'intermédiaire d'une plateforme électronique agréée;

c) les indemnités afférentes aux services sont uniquement payées ou attribuées au prestataire des services par la plateforme visée au b) ou par l'intermédiaire de cette plateforme;

d) les bénéfices ou profits résultent de services qui sont exclusivement rendus dans le cadre de conventions qui ont été conclues par l'intermédiaire d'une plateforme électronique agréée visée au b) ou de conventions visées au 1^{er}, a) ».

B.3.10. Sowohl für Vereinigungsarbeit als auch gelegentliche Dienstleistungen zwischen Bürgern ist erforderlich, dass die betreffende Person während des Referenzquartals vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich und hauptsächlich eine Berufstätigkeit als Arbeitnehmer oder Selbständiger ausübt, es sei denn, sie ist Pensionierter (Artikel 4 und 21). Eine Beschäftigung in Höhe von mindestens 4/5 einer Vollzeitbeschäftigung als Arbeitnehmer oder im Rahmen eines vergleichbaren Statutes oder eine Berufstätigkeit als Selbständiger, die wenigstens die Pflicht zur Zahlung der Mindestbeiträge in der Sozialversicherung zur Folge hat, werden als gewöhnliche und hauptsächlich Berufstätigkeit angesehen.

B.3.11. Für die Vergütungen, die im Rahmen einer der Säulen oder aufgrund einer Kombination der verschiedenen Regelungen empfangen werden, gilt (nach Indexierung) ein

Höchstbetrag von 6 250 Euro pro Jahr (Artikel 12 §§ 1 und 2 und 24 §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 und Artikel 37*bis* § 2 des EStGB 1992, ersetzt durch Artikel 45 des Gesetzes vom 18. Juli 2018). Für Vereinigungsarbeit und gelegentliche Dienstleistungen zwischen Bürgern gilt außerdem auch ein monatlicher Höchstbetrag - nach Indexierung - von 520,83 Euro (Artikel 12 § 3 und 24 § 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2018). Der König kann den monatlichen Höchstbetrag für spezifische Kategorien von Vereinigungsarbeit erhöhen (Artikel 12 § 3 Absätze 2 bis 4 des Gesetzes vom 18. Juli 2018).

B.3.12. Wenn den Anwendungsvoraussetzungen entsprochen wird, sieht das angefochtene Gesetz vor, dass die im Rahmen einer der drei vorerwähnten Säulen erbrachten Leistungen von der Anwendung der folgenden arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Bestimmungen ausgenommen sind:

- das Gesetz vom 3. Juli 1978 « über die Arbeitsverträge » (Artikel 28),
- das Gesetz vom 27. Juni 1969 « zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer » (Artikel 29),
- der königliche Erlass Nr. 38 vom 27. Juli 1967 « zur Einführung des Sozialstatuts der Selbständigen » (Artikel 30),
- das Gesetz vom 12. April 1965 « über den Schutz der Entlohnung der Arbeitnehmer » (Artikel 31),
- das Gesetz vom 5. Dezember 1968 « über die kollektiven Arbeitsabkommen und die paritätischen Kommissionen » (Artikel 32),
- das Gesetz vom 16. März 1971 « über die Arbeit » (Artikel 33),
- das Gesetz vom 4. Januar 1974 « über die Feiertage » (Artikel 34),
- der königliche Erlass Nr. 5 vom 23. Oktober 1978 « über die Führung der Sozialdokumente » (Artikel 35),

- das Gesetz vom 4. August 1996 « über das Wohlbefinden der Arbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Arbeit » (Artikel 36),

- das Gesetz vom 8. April 1965 « zur Einführung der Arbeitsordnungen » (Artikel 37).

B.3.13. Das Gesetz sieht daneben vor, dass die Vergütungen für Leistungen, die in den Anwendungsbereich einer der Säulen fallen, von Steuern befreit sind, wenn sie die in B.3.11 erwähnten Höchstbeträge nicht überschreiten (Artikel 90/1 des EStGB 1992, eingeführt durch Artikel 47 des Gesetzes vom 18. Juli 2018).

B.3.14. Wenn die Anwendungsvoraussetzungen bezüglich der Vereinigungsarbeit oder gelegentlicher Dienstleistungen nicht erfüllt sind, hat dies die Neuqualifizierung der Leistungen und der zugehörigen Vergütungen zur Folge:

« Art. 41. § 1er. Une activité ne peut pas être considérée comme du travail associatif au sens du chapitre 1er si les montants visés à l'article 12, § 1er et § 2, de la présente loi sont dépassés ou si la condition de l'article 26, 1^o, n'est pas remplie.

En ce cas, la personne concernée ne peut pas être considérée comme un travailleur associatif pour toute l'année civile au cours de laquelle elle a exécuté l'activité visée en tant que travailleur associatif.

Si le donneur d'ordre a effectué correctement la déclaration définie par le Roi conformément à l'article 19 et qu'au moment de l'enregistrement conformément aux modalités définies par le Roi, aucune anomalie n'est signalée indiquant que les conditions d'application ne sont pas remplies, pour autant qu'il puisse être considéré qu'il a agi de bonne foi et n'était pas informé du fait que les conditions d'application de la présente loi n'étaient pas remplies, il ne peut pas être considéré comme un employeur en application de la loi du 27 juin 1969 révisant l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs et il est censé avoir rempli la condition de l'article 26.

Quand, conformément à l'alinéa 2, la personne concernée ne peut pas être considérée comme un travailleur associatif, le contrat en matière de travail associatif et tous les contrats en matière de travail associatif de la même année civile sont requalifiés en contrat de travail. Cette requalification a pour conséquence l'application entière, avec effet rétroactif, du droit de travail et du droit de la sécurité sociale, étant entendu qu'il faut tenir compte de la disposition de l'alinéa précédent.

§ 2. Une prestation ne peut pas être considérée comme un service occasionnel tel que visé au chapitre 2 si les montants visés à l'article 24, § 1er et § 2, de la présente loi sont dépassés, ou si la condition de l'article 26, 2^o, n'est pas remplie.

En ce cas, la personne impliquée ne peut pas être considérée comme prestataire de services occasionnel pour toute l'année civile et l'année civile suivante et les prestations sont de plein droit considérées comme ayant été fournies sous le statut social des indépendants tel qu'établi par l'arrêté royal n° 38 du 27 juillet 1967 organisant le statut social des travailleurs indépendants.

§ 3. En cas de dépassement des limites telles que fixées à l'article 12, § 3, et à l'article 24, § 3, le revenu intégral de ce mois civil est considéré comme revenu professionnel. Ces revenus restent comptabilisés pour vérifier si la limite telle que visée à l'article 12, § 1er et 2, et à l'article 24, § 1er et 2, est dépassée ou non ».

In Bezug auf den Klagegrund wegen Verstoßes gegen die Regeln der Zuständigkeitsverteilung

B.4. Der vierte Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7113 ist abgeleitet aus einem Verstoß durch Artikel 20 Absatz 1 Nr. 1 Absatz 3 Ziffer 9 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 gegen Artikel 6 § 1 X Nr. 8 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Der Gerichtshof prüft eine gesetzeskräftige Bestimmung grundsätzlich vorrangig anhand der Regeln der Zuständigkeitsverteilung. Vorliegend ist es jedoch angebracht, zuerst die anderen Klagegründe zu prüfen, die sich auf den Grundsatz des gelegentlichen Hinzuverdienstes im Rahmen der drei besprochenen Säulen beziehen.

In Bezug auf das Statut des Vereinigungsarbeiters

B.5.1. Der erste Unterteil des ersten Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7108 ist unter anderem abgeleitet aus einem Verstoß durch die Artikel 26 bis 36 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 gegen die Artikel 10 und 172 der Verfassung, weil Vereinigungsarbeiter im Gegensatz zu Arbeitnehmern, die die gleichen Tätigkeiten im Rahmen eines Arbeitsvertrages ausübten, vollständig aus dem Anwendungsbereich der in B.3.12 aufgezählten arbeitsrechtlichen Vorschriften herausgenommen seien.

B.5.2. Der Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung schließt nicht aus, dass ein Behandlungsunterschied zwischen Kategorien von Personen eingeführt wird, soweit dieser

Unterschied auf einem objektiven Kriterium beruht und in angemessener Weise gerechtfertigt ist.

Das Vorliegen einer solchen Rechtfertigung ist im Hinblick auf Zweck und Folgen der beanstandeten Maßnahme sowie auf die Art der einschlägigen Grundsätze zu beurteilen; es wird gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstoßen, wenn feststeht, dass die eingesetzten Mittel in keinem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck stehen.

B.5.3. Im Gegensatz zum Vortrag des Ministerrats sind die zu vergleichenden Kategorien von Personen, nämlich Vereinigungsarbeiter und Arbeitnehmer, die die gleichen Tätigkeiten im Rahmen eines Arbeitsvertrages ausüben, miteinander vergleichbar. Wie sich aus den Vorarbeiten ergibt, können die Leistungen, die im Rahmen der Vereinigungsarbeit erbracht werden, ebenso im Rahmen eines Arbeitsvertrages erbracht werden (*Parl. Dok.*, Kammer, 2017-2018, DOC 54-2839/001, S. 151).

B.5.4. Wenn der Gesetzgeber eine neue Arbeitsvertragsart einführt, gehört es zu seinem Beurteilungsspielraum, zu bestimmen, welche Kategorien von Arbeitnehmern und Arbeitgebern dieser Regelung unterliegen und welche Modalitäten im Rahmen dieser Regelung gelten. Der Gerichtshof darf eine solche Festlegung von politischen Rahmenbedingungen sowie die sich daraus ergebende Ungleichbehandlung nur beanstanden, wenn sie nicht sachlich gerechtfertigt sind oder wenn sie die Rechte der betreffenden Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf unverhältnismäßige Weise beeinträchtigen.

B.5.5. Mit der Einführung der Vereinigungsarbeit wollte der Gesetzgeber Rechtssicherheit für Personen schaffen, die in ihrer Freizeit gelegentlich etwas dazuverdienen, was zu Diskussionen darüber führen kann, wie diese Leistungen genau zu qualifizieren sind:

« Le travail associatif effectif a acquis un caractère semi-professionnel auquel la législation relative au volontariat n'offre pas toujours un cadre adapté et pour lequel il n'existe pas encore d'autre réglementation légale adaptée. Dans la pratique, cette situation génère un niveau élevé d'incertitude juridique. Dans la pratique, ces activités sont souvent effectuées dans un lien de subordination et contre paiement d'une indemnité. L'absence d'une réglementation légale entraîne, aussi bien pour le travailleur associatif que pour l'organisation qui l'occupe, un risque important que leur relation contractuelle soit requalifiée en contrat de travail ce qui entraîne, à son tour, le cas échéant, l'application de la législation du travail et de la législation relative à la sécurité sociale des travailleurs salariés » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2017-2018, DOC 54-2839/001, S. 151).

B.5.6. Im Gegensatz zu der Regelung der sogenannten Flexi-Jobs (vgl. Entscheid Nr. 107/2017 vom 28. September 2017) hat der Gesetzgeber sich im Rahmen des Gesetzes vom 18. Juni 2018 nicht für eine angepasste arbeitsrechtliche Regelung in Verbindung mit einer angepassten Behandlung auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit und der Steuern entschieden, sondern für ein neues *Ad-hoc*-Statut, bei dem keines der bestehenden Statuten der sozialen Sicherheit anwendbar ist und ebenso die Anwendbarkeit eines großen Teils der arbeitsrechtlichen Vorschriften ausgeschlossen wird. Dieser Ausschluss hat unter anderem zur Folge, dass für die erbrachten Leistungen keine Mindestvergütung gilt und keine Beschränkung in Bezug auf den Zeitpunkt gilt, an dem diese Tätigkeiten stattfinden. Mit Ausnahme der erforderlichen Haupttätigkeit, die im Übrigen für Pensionierte nicht gilt, sind außerdem keine Beschränkungen in Bezug auf die zeitliche Dauer dieser von der betreffenden Person ausgeübten Tätigkeiten und keine Verpflichtungen hinsichtlich Pausen und Ruhezeiten vorgesehen. Da es nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e) des Gesetzes vom 18. Juli 2018 möglich ist, für dieselbe Organisation gleichzeitig die gleichen Tätigkeiten als Freiwilliger auszuüben, ist es in der Praxis unmöglich, Umfang und Dauer der Leistungen zu beurteilen. Obwohl die Laufzeit des Vertrages höchstens ein Jahr betragen darf, ist weder eine Mindestlaufzeit noch eine Beschränkung der Anzahl aufeinander folgender kurzfristiger Verträge vorgesehen. Es ist auch kein Schutz bezüglich der Beendigung des Vertrages vorgesehen, deren Modalitäten vollständig dem Willen der Parteien überlassen sind.

Obwohl die Unsicherheit hinsichtlich der richtigen, in B.5.5 erwähnten Qualifizierung gegebenenfalls als Rechtfertigung für die Einführung eines gesonderten Statutes herangezogen werden kann, rechtfertigt diese nicht, dass dieses Statut mit einem nahezu vollständigen Ausschluss der Anwendung der arbeitsrechtlichen Vorschriften verbunden ist. Die Verpflichtungen in Bezug auf das Aufsetzen eines schriftlichen Vertrages, die elektronische Anmeldung und die Haftpflichtversicherung können diesen allgemeinen Ausschluss nicht ausgleichen.

Aus den Vorarbeiten ergibt sich, dass die Einführung des besonderen Statutes für Vereinigungsarbeit ebenso zum Ziel hat, den administrativen Aufwand für Organisationen zu reduzieren, deren Tätigkeiten einen sozialen Mehrwert haben (ebenda, S. 152). Die Folgen der Einführung dieses besonderen Statutes stehen jedoch nicht in einem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Ziel der administrativen Vereinfachung.

B.5.7. Aus den Vorarbeiten kann auch abgeleitet werden, dass der Gesetzgeber der Ansicht war, dass die Ungleichbehandlung zwischen Vereinigungsarbeitern und Arbeitnehmern trotz des Umstands, dass « die gleiche Tätigkeit theoretisch sowohl von einem Arbeitnehmer als auch einem Vereinigungsarbeiter ausgeübt werden kann », durch « die besonderen Umstände, unter denen solche Tätigkeiten ausgeübt werden », gerechtfertigt ist (ebenda, S. 152). Im Gegensatz zu einem Arbeitnehmer, der nach Ansicht des Gesetzgebers das Ziel verfolgt, durch seine Arbeitsleistungen und seine garantierte Entlohnung seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie sicherstellen zu können, erbrächten Vereinigungsarbeiter ihre Leistungen in erster Linie im gesellschaftlichen Interesse. Die Vergütung sei für sie nebensächlich (ebenda).

Weder das Erfordernis, dass die betreffende Person bereits eine Haupttätigkeit ausübt, noch die Beschränkung des erlaubten Betrages sind relevante Elemente für die Bestimmung der persönlichen Absicht der betreffenden Person oder für die Schlussfolgerung, dass die etwaige Vergütung für den Vereinigungsarbeiter « nebensächlich » sei. Die finanziellen Folgen der Leistungen und die Bedeutung der damit zusammenhängenden Vergütung hinsichtlich des Lebensunterhalts des Vereinigungsarbeiters hängen von der persönlichen Situation der betreffenden Person ab. Außerdem ist nicht ausgeschlossen, dass jemand die gleichen Tätigkeiten für dieselbe Organisation abwechselnd als Vereinigungsarbeiter und als Freiwilliger mit Kostenvergütung ausübt, wodurch es möglich ist, dass die betreffende Person auf Monatsbasis und auf Jahresbasis die Höchstvergütungen in beiden Statuten miteinander kombiniert. Aus den Vorarbeiten ergibt sich allerdings, dass der Gesetzgeber der Auffassung war, dass « eine gleichzeitige Zuerkennung einer Freiwilligenvergütung und einer Vergütung für Vereinigungsarbeit [...] eine konkurrierende Entlohnung darstellen [würde] und von manchen als Alternative zu einer professionellen Teilzeitbeschäftigung angesehen werden könnte » (ebenda, S. 162).

B.5.8. Im Gegensatz zum Vortrag des Ministerrats rechtfertigt das Risiko, dass das Freiwilligenstatut für die Erbringung von Leistungen missbraucht wird, die in Wirklichkeit professioneller Natur sind, es schließlich auch nicht, dass für diese Leistungen ein Statut geschaffen wird, das *a priori* jede Anwendung der aufgezählten arbeitsrechtlichen Vorschriften ausschließt. Wie in B.5.6 und B.5.7 erwähnt wurde, erlaubt die angefochtene Regelung es außerdem, dass die gleiche Tätigkeit durch dieselbe Person für dieselbe Organisation teilweise

in der Eigenschaft als Freiwilligenarbeiter und teilweise in der Eigenschaft als Vereinigungsarbeiter ausgeübt wird. Es ist nicht plausibel, dass diese Tätigkeiten in Abhängigkeit davon, ob sie in den Anwendungsbereich des einen oder des anderen Statutes fallen, auf jeweils andere Weise ausgeübt werden. Falls diese Tätigkeiten professionellen Charakter haben, besteht folglich das Risiko, dass die angefochtene Regelung gerade zu dem Missbrauch beiträgt, den der Gesetzgeber verhindern möchte. Falls die Tätigkeiten dahingegen die Bedingungen für die Anwendung des Freiwilligengesetzes erfüllen, leuchtet nicht ein, weshalb es notwendig war, ein neues Statut zu schaffen. In diesem Fall war vorher nicht die Rede von Missbrauch und läuft die angefochtene Regelung auf eine Erhöhung der erlaubten Pauschalvergütung für Freiwilligenarbeit hinaus, ohne dass ein objektives Kriterium es erlaubt, festzustellen, weshalb diese Erhöhung auf bestimmte Tätigkeiten Anwendung findet unter Ausschluss anderer Tätigkeiten, die ebenso einen sozialen Mehrwert haben können. In diesem Fall leuchtet auch nicht ein, weshalb diese Erhöhung mit der Schaffung eines Statutes einhergeht, das noch weniger eingegrenzt ist und das auf Personen beschränkt ist, die bereits eine Haupttätigkeit ausüben.

B.5.9. Der Klagegrund ist begründet, insofern er gegen die Artikel 26 bis 36 des Gesetzes vom 18. Juli 2018, sofern diese auf die Vereinigungsarbeit Anwendung finden gerichtet ist.

In Bezug auf die Befreiung von Sozialbeiträgen und Steuern zugunsten der Vereinigungsarbeiter und der gelegentlichen Dienstleister

B.6.1. Der erste Teil des ersten Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7108 ist auch abgeleitet aus einem Verstoß durch die Artikel 45 bis 53 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 gegen die Artikel 10, 11 und 172 der Verfassung, weil eine Ungleichbehandlung zwischen Personen, die eine Vergütung für identische Tätigkeiten erhielten, unter Zugrundelegung des Gesichtspunkts eingeführt werde, ob diese Tätigkeiten in der Eigenschaft als Vereinigungsarbeiter oder als Arbeitnehmer ausgeübt würden, da die Vergütung im erstgenannten Fall von Sozialbeiträgen und Steuern befreit sei. Die unterschiedliche Behandlung könne vor dem Hintergrund des Ziels des Gesetzgebers und der beabsichtigten Folgen nicht sachlich gerechtfertigt werden.

B.6.2. Der erste Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7106 ist unter anderem abgeleitet aus einem Verstoß durch die Artikel 28 bis 39, 45 bis 48 und 50 bis 55 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 gegen die Artikel 10, 11 und 172 der Verfassung, weil diese Bestimmungen eine Ungleichbehandlung zwischen einerseits Selbständigen im Haupt- und Nebenberuf und andererseits Personen, die gelegentliche Dienstleistungen zwischen Bürgern erbrächten, zur Folge hätten, da die letztgenannte Kategorie von verschiedenen Unternehmensverpflichtungen sowie sozialversicherungsrechtlichen und steuerlichen Verpflichtungen befreit würde, während es um die gleichen Tätigkeiten gehe. Dies führt nach Ansicht der klagenden Parteien außerdem zu unlauterem Wettbewerb.

B.6.3. Der Ministerrat macht geltend, dass die Kategorien von Personen in diesen unterschiedlichen Situationen nicht miteinander vergleichbar seien.

B.6.4. Wie sich aus den Vorarbeiten ergibt, können die Leistungen, die als Vereinigungsarbeiter oder als gelegentlicher Dienstleister erbracht werden, ebenso im Rahmen eines Arbeitsvertrages oder in der Eigenschaft als Selbständiger erbracht werden (*Parl. Dok.*, Kammer, 2017-2018, DOC 54-2839/001, S. 151). Das geht ebenso aus Artikel 41 § 1 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 hervor, der die Umqualifizierung des Vertrages über Vereinigungsarbeit in einen Arbeitsvertrag von Rechts wegen vorsieht und von gelegentlichen Dienstleistungen in im Rahmen des Sozialstatuts der Selbständigen erbrachte Leistungen, wenn der maximale Monats- oder Jahresbetrag überschritten wird, selbst wenn im Übrigen alle Anwendungsvoraussetzungen erfüllt sind.

Im Gegensatz zum Vortrag des Ministerrats sind die zu vergleichenden Kategorien von Personen folglich miteinander vergleichbar. Die Einreden werden verworfen.

B.6.5. Die Artikel 10 und 11 der Verfassung gewährleisten den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung. Artikel 172 der Verfassung stellt eine besondere Anwendung dieses Grundsatzes in Steuerangelegenheiten dar.

Der Grundsatz der Gleichheit in Steuerangelegenheiten verbietet es dem Gesetzgeber nicht, gewissen Steuerpflichtigen einen Steuervorteil zu gewähren, sofern der somit eingeführte Behandlungsunterschied vernünftig zu rechtfertigen ist.

B.6.6. Es obliegt dem Gesetzgeber, die Steuerbefreiungen hinsichtlich der steuerpflichtigen Einnahmen festzulegen. Er verfügt insoweit über einen weiten Beurteilungsspielraum. Außerdem hat der Gesetzgeber darüber zu entscheiden, ob eine von ihm eingeführte Regelung über Befreiungen gegebenenfalls abzuändern ist, und insoweit zu bestimmen, für welchen Zeitraum, unter welchen Umständen und nach welchen Modalitäten eine solche Abänderung anzuwenden ist.

Die gesellschaftlichen Entscheidungen, die beim Sammeln und Verwenden von Mitteln getroffen werden müssen, gehören deshalb zur Beurteilungsbefugnis des Gesetzgebers. Wenn diese Entscheidungen eine Ungleichbehandlung zur Folge haben, muss der Gerichtshof allerdings prüfen, ob diese sachlich gerechtfertigt ist.

B.6.7. Die klagenden Parteien begründen ihre Einwände unter anderem mit einer Bezugnahme auf das Gutachten der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats zum Vorentwurf des Gesetzes. In diesem Gutachten hat die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats angemerkt:

« 1. Les règles en projet relatives au travail associatif ont pour objet d'instaurer un régime avantageux du point de vue du droit social et fiscal pour des prestations effectuées contre une indemnité limitée dans le secteur non marchand public et privé. Il s'agit d'activités à haute valeur sociale ajoutée.

Selon l'exposé des motifs, ce type de travail se distingue tant du volontariat que du travail professionnel effectué en tant que travailleur salarié, indépendant ou fonctionnaire. Il est également reconnu dans cet exposé que les activités visées peuvent être exercées dans le cadre du volontariat, du travail professionnel ou du travail associatif, ou encore en tant qu'étudiant jobiste. Le statut de travailleur associatif devrait également être aligné autant que possible sur celui de volontaire. Il est en outre précisé que cette activité est essentiellement une activité de temps libre, qui est certes exercée généralement dans un lien de subordination, mais contre paiement d'une indemnité (limitée). L'application 'débridée' de la législation sociale et fiscale et la lourde charge administrative y relative qui en résulteraient en principe entraveraient considérablement le développement du travail associatif. Le régime en projet permettrait en même temps de faire diminuer le travail au noir et frauduleux.

Le principal motif invoqué pour instaurer un statut 'semiprofessionnel' est la plus-value sociale élevée des activités prises en considération et le fait que de plus en plus de conditions sont imposées dans le cadre de l'exercice de ce type d'activités dans le but d'en améliorer la qualité.

La limitation du champ d'application est dictée par la volonté d'éviter que le travail associatif ait une incidence négative sur le marché de l'emploi. Pour ce faire, le projet contient un fondement juridique permettant au Roi de limiter les prestations pouvant être exercées dans le cadre du travail associatif, ainsi qu'un montant limite de la rémunération autorisée, une

interdiction de cumul entre le travail associatif et le travail effectué dans le cadre d'un contrat de travail au sein d'une même organisation, et une interdiction du passage d'un travail régulier à un travail associatif. Afin d'éviter notamment que l'investissement en temps des travailleurs associatifs ne dépasse la raison d'être du nouveau statut, ce dernier n'est en principe accessible qu'aux personnes qui exercent déjà une activité professionnelle principale en tant que travailleur salarié, indépendant ou fonctionnaire.

Le Conseil d'État, section de législation, constate tout d'abord que l'analyse de la situation de fait et l'incidence mentionnée du régime envisagé sont dénuées de tout fondement empirique objectif. Le Conseil d'État est dès lors dans l'impossibilité d'en apprécier la pertinence, d'autant plus qu'un certain nombre des arguments avancés sont formulés en des termes vagues et généraux.

Le régime envisagé implique une différence de traitement de diverses situations de travail, qui doit être appréciée au regard de l'objectif essentiel de ce régime. Certaines différences concernent l'activité du travail associatif proprement dite, alors que d'autres portent sur les personnes susceptibles d'effectuer ce type de travail. Une distinction évidente est en outre opérée selon la nature des organisations pour lesquelles il peut être recouru au travail associatif, à savoir en fonction de leur éventuel objet commercial. Cette dernière différence n'est pas examinée plus avant ci-dessous, dès lors que, sur ce point, le lien avec les objectifs et les contours du régime envisagé paraissent évidents.

DISCUSSION

2. La question se pose de savoir si, en ce qui concerne les aspects relevant du droit fiscal et social, le régime en projet peut être réputé en accord avec les principes constitutionnels d'égalité et de non-discrimination, consacrés par les articles 10 et 11 de la Constitution, ainsi que, en ce qui concerne plus spécifiquement le principe d'égalité en matière fiscale, par l'article 172 de la Constitution. Selon la jurisprudence de la Cour constitutionnelle, une différence de traitement ne peut se concilier avec les principes constitutionnels d'égalité et de non-discrimination, que si cette différence repose sur un critère objectif et si elle est raisonnablement justifiée. L'existence d'une telle justification doit s'apprécier en tenant compte du but et des effets de la mesure visée ainsi que de la nature des principes en cause; le principe d'égalité et de non-discrimination est violé lorsqu'il n'existe pas de rapport raisonnable de proportionnalité entre les moyens employés et le but visé.

3. En ce qui concerne la différence de traitement relative à l'activité exercée dans le cadre du travail associatif, le Conseil d'État, section de législation, souhaite rappeler les avis qu'il a déjà donnés dans le courant de cette année sur diverses propositions de loi et amendements visant à remplacer les chèques-repas et les éco-chèques par une ' indemnité nette ' et sur un avant-projet de loi relatif à l'instauration d'une allocation de mobilité. Certes, les régimes envisagés concernaient la transformation d'un élément de salaire en nature exonéré en un montant exonéré; en substance, il en résulte toutefois qu'en contrepartie d'un travail, un montant déterminé est mis à la disposition du prestataire de ce travail, qui peut en disposer librement. Au regard du principe d'égalité, il ne paraît plus justifié dans ce cas de prévoir pour ces indemnités un régime spécifique sur le plan de la fiscalité et de la sécurité sociale, qui est plus favorable que celui prévu pour la rémunération ordinaire, qui est comparable.

En matière de travail associatif, le régime proposé implique également qu'un certain montant, qui par hypothèse dépasse l'indemnité de défraiement (auquel cas il serait en effet

question d'un ' véritable ' volontariat), est traité plus favorablement sur le plan du droit fiscal et de la sécurité sociale; des assouplissements sur le plan du droit du travail devraient également s'appliquer pour ce type d'activité. L'exposé des motifs indique en outre que l'activité concernée est généralement exercée dans un lien de subordination contre rémunération et, en soi, pourrait également être exercée dans le cadre du volontariat ou du travail professionnel. Il en résulte que, pour une même activité, le traitement de l'indemnité sur le plan du droit fiscal et de la sécurité sociale est différent selon que cette activité est exercée en tant que volontaire, travailleur salarié/indépendant/fonctionnaire ou travailleur associatif. Un traitement différent des volontaires paraît admissible, eu égard au caractère non rémunéré de cette activité. En ce qui concerne la différence de traitement entre un travailleur associatif et, par exemple, un travailleur salarié qui exerce la même activité à temps partiel, le caractère raisonnable de la justification de la différence instaurée est toutefois moins évident.

4. Le régime en projet crée également un traitement différencié selon la personne qui effectue le travail associatif. Le régime s'adresse en effet exclusivement à celui qui exerce déjà une autre activité principale – professionnelle - en tant que travailleur salarié, indépendant ou fonctionnaire, et aux pensionnés. Cette exigence a pour conséquence que sont notamment exclus, (1) les bénéficiaires d'un revenu de remplacement (dans le cadre de l'assurance contre le chômage, l'incapacité de travail et l'invalidité, les accidents du travail et les maladies professionnelles), (2) les bénéficiaires d'une prestation d'aide sociale (par exemple revenu d'intégration ou allocation de remplacement de revenus pour les personnes handicapées), (3) les personnes qui exercent une activité professionnelle qui n'est pas à plein temps (ou assimilée), et (4) les personnes se trouvant en dehors du marché du travail, tels les étudiants et les hommes ou femmes au foyer. En outre, pour celui qui exerce déjà une activité principale professionnelle, une différence est instaurée selon que l'activité concernée est exercée à titre accessoire (en tant que travailleur salarié ou indépendant) ou dans le cadre d'un travail associatif.

Selon l'exposé des motifs, ces différences de traitement sont justifiées comme suit: ' L'activité professionnelle principale garantit enfin la protection sociale et empêche que les travailleurs associatifs ne se retrouvent sans aucune protection sociale '. Et : ' Car, dans la négative, cela pourrait mener à la formation d'un corps de travailleurs associatifs qui ne bénéficieraient pas d'une protection sociale correcte. De plus, cela s'écarterait aussi de l'idée de base du développement d'une activité complémentaire s'inscrivant dans le cadre de l'occupation du temps libre '.

Il apparaît au Conseil d'État, section de législation, que cette précision est insuffisante pour justifier les différences de traitement créées. En premier lieu, une partie de la justification - à savoir celle qui concerne la création d'une protection sociale précaire – est précisément la conséquence du régime envisagé, qui n'emporte pas de protection sociale complémentaire. Il faut par ailleurs constater que certaines des catégories de personnes exclues bénéficient bel et bien d'une protection sociale, sur la base d'activités professionnelles exercées auparavant et, en outre, que pour des personnes qui se trouvent en dehors du marché du travail, cet argument n'est pas pertinent. De plus, le fait qu'une cotisation ne donne pas chaque fois lieu à un avantage est précisément une caractéristique d'un système de sécurité sociale basé sur la solidarité. C'est ainsi que la cotisation de solidarité qui est due en cas de travail étudiant ne permet pas de constituer des droits. Il n'est pas non plus possible de constituer encore des droits supplémentaires pour celui qui bénéficie d'une rémunération qui dépasse les limites de rémunération prises en compte pour les diverses prestations de sécurité sociale.

5. Il y a lieu de conclure de ce qui précède que la question se pose de savoir si les différences de traitement précitées satisfont aux conditions d'efficacité, d'objectivité, de pertinence et de proportionnalité pour pouvoir être réputées conformes au principe constitutionnel d'égalité. Si les auteurs du projet estiment néanmoins que le dispositif proposé peut bel et bien se justifier au regard du principe constitutionnel d'égalité, il est fortement recommandé que l'exposé des motifs fasse état de cette justification, qui devra évidemment satisfaire aux conditions fixées par la Cour constitutionnelle à cet égard.

6. Les observations formulées ci-dessus concernant la compatibilité du régime en projet en matière de travail associatif avec le principe constitutionnel d'égalité s'appliquent aussi *mutatis mutandis* au régime en projet en matière de services occasionnels entre les citoyens, en particulier en ce qui concerne l'exonération de l'indemnité sur le plan du droit fiscal et social, la différence de traitement de ce type de prestation de services par rapport aux services effectués en tant que travailleur indépendant, et la non-accessibilité du régime à certaines catégories de personnes » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2017-2018, DOC 54-2839/001, SS. 513-516).

B.6.8. Wie die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats in ihrem Gutachten anmerkt, hat die steuerliche und soziale Befreiung zur Folge, dass die steuerliche und soziale Behandlung der Vergütung für ein und dieselbe Tätigkeit unterschiedlich ausfällt, je nachdem, ob sie im Rahmen des angefochtenen Gesetzes oder aber in der Eigenschaft als Arbeitnehmer oder Selbständiger ausgeübt wird (ebenda). Obwohl in der Begründung infolge dieses Gutachtens zusätzliche Rechtfertigungsgründe vorgebracht wurden, sind sie nicht solcherart, dass sie diese schwerwiegende Einwendung widerlegen können. Wie in B.5.7 erwähnt wurde, ergibt sich aus den Vorarbeiten, dass der Gesetzgeber der Ansicht war, dass die Ungleichbehandlung durch « die besonderen Umstände, unter denen solche Tätigkeiten ausgeübt werden », dennoch gerechtfertigt ist (ebenda, S. 152), womit im Grunde auf das spezifische Ziel des gelegentlichen Hinzuverdieners verwiesen wird.

Im Gegensatz zu einem Arbeitnehmer, der nach Ansicht des Gesetzgebers das Ziel verfolgt, durch seine Arbeitsleistungen und seine garantierte Entlohnung seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie sicherstellen zu können, erbrächten Vereinigungsarbeiter ihre Leistungen in erster Linie im gesellschaftlichen Interesse. Die Vergütung sei für sie nebensächlich (ebenda).

Im Gegensatz zu einem Selbständigen verfolge ein gelegentlicher Dienstleister kein kommerzielles Ziel und handle auch nicht in Gewinnerzielungsabsicht. Er sei am Markt nicht wie ein gewöhnlicher Arbeitnehmer aktiv, sondern übe seine Tätigkeiten eher gelegentlich und in seiner Freizeit aus (ebenda, S. 158).

B.6.9. Die Argumentation, dass die betreffende Vergütung für Vereinigungsarbeiter und gelegentliche Dienstleister nur nebensächlich sei, beruht, wie in B.5.7 erwähnt wurde, auf unbestätigten Annahmen und steht nicht im Einklang mit den Bedingungen, die für diese Statuten gelten. Sie kann die beanstandete Ungleichbehandlung folglich nicht rechtfertigen. Selbst wenn die vorerwähnte Annahme begründet wäre, würde sie es außerdem nicht rechtfertigen, dass eine Vergütung, die für die betreffende Person « nebensächlich » ist, in den Anwendungsbereich einer günstigeren Regelung fällt als eine Vergütung, die den Lebensunterhalt der betreffenden Person sicherstellen soll.

Auch das Argument, dass es um eine beschränkte Zahl von Tätigkeiten gehe, die einen besonderen sozialen Mehrwert hätten, während im Rahmen des Statutes des Arbeitnehmers oder des Selbständigen keine solche Beschränkung bezüglich der erlaubten Tätigkeiten gelte, rechtfertigt die beträchtliche Ungleichbehandlung nicht, wenn es um identische Tätigkeiten geht. Außerdem ist nicht ersichtlich, dass die Tätigkeiten, die in den Artikeln 3 und 20 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 genannt werden, allesamt einen größeren sozialen Mehrwert als etwaige andere Tätigkeiten haben.

B.6.10. Aus den Vorarbeiten geht schließlich hervor, dass der Gesetzgeber die Absicht hatte, Personen mit einer Haupttätigkeit die Möglichkeit zu bieten, steuerfrei etwas dazuzuverdienen, um so gegen Schwarzarbeit vorzugehen (ebenda, S. 156). Das Ziel der Vermeidung von Schwarzarbeit rechtfertigt es jedoch nicht, die Vergütungen für die betreffenden Leistungen vollständig aus dem Anwendungsbereich der sozialen Sicherheit und der Steuern herauszunehmen. Die in den Artikeln 17 und 18 vorgesehenen Maßnahmen « zur Verhinderung der Umqualifizierung von regulärer Arbeit in Vereinigungsarbeit », nämlich das Verbot, während eines bestimmten Zeitraums innerhalb einer Organisation eine Funktion im Rahmen eines regulären Statutes in Vereinigungsarbeit umzuqualifizieren (gegebenenfalls ausgeübt durch dieselbe Person), verhindern außerdem nicht, dass bei der Entstehung neuer Funktionen oder durch neue Organisationen Vereinigungsarbeit bevorzugt wird.

Die Anwendungsvoraussetzungen für das Statut des gelegentlichen Dienstleisters verhindern auch nicht, dass eine Verschiebung des Statutes des Selbständigen (gegebenenfalls im Nebenberuf) hin zum Statut des gelegentlichen Dienstleisters auftreten kann, wodurch eine Maßnahme mit dem Ziel der Verhinderung von Schwarzarbeit im Gegenteil die Möglichkeit schafft, von einem Statut, das der sozialen Sicherheit und steuerlichen Verpflichtungen

unterliegt, zu einem Statut zu wechseln, das die betreffende Person von allen diesen Verpflichtungen befreit.

B.6.11. Die Klagegründe sind begründet, sofern sie sich gegen die Artikel 28 bis 39 und 45 bis 55 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 richten, sofern diese auf die Vereinigungsarbeit und die gelegentlichen Dienstleistungen Anwendung finden.

In Bezug auf die über zugelassene elektronische Sharing-Plattformen erbrachten Dienstleistungen

B.7.1. Der dritte Teil des ersten Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 7108 ist unter anderem abgeleitet aus einem Verstoß durch die Artikel 28 bis 39 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 gegen die Artikel 10, 11 und 172 der Verfassung, weil sie eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung zwischen Personen zur Folge hätten, die die gleichen Tätigkeiten als Arbeitnehmer beziehungsweise Dienstleister über eine zugelassene elektronische Plattform ausübten. Die angefochtenen Bestimmungen führten nämlich dazu, dass ein großer Teil der arbeitsrechtlichen Vorschriften nicht auf Dienstleistungen anzuwenden sei, die über zugelassene elektronische Sharing-Plattformen erbracht würden, solange der maximale Jahresbetrag nicht überschritten werde.

B.7.2. Der vierte Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7106 ist unter anderem abgeleitet aus einem Verstoß durch die Artikel 28 bis 39, 46 bis 48 und 50 bis 55 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 gegen die Artikel 10, 11 und 172 der Verfassung, weil sie eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung zwischen Personen zur Folge hätten, die die gleichen Tätigkeiten als Selbständige beziehungsweise Dienstleister über eine zugelassene elektronische Plattform ausübten.

B.7.3. Der Ministerrat stellt die Vergleichbarkeit von Arbeitnehmern und Selbständigen einerseits und Dienstleistern über zugelassene elektronische Plattformen andererseits in Abrede. Aus den Vorarbeiten zum Programmgesetz vom 1. Juli 2016 geht hervor, dass die Einführung des neuen Statutes unter anderem zum Ziel hatte, die Unklarheit über die Einstufung als Arbeitnehmer beziehungsweise Selbständiger zu beseitigen ((*Parl. Dok.*, Kammer, 2015-2016, DOC 54-1875/001, S. 13). Diese Unklarheit wurde gerade dadurch verursacht, dass

es möglich ist, diese Tätigkeiten in Abhängigkeit von den konkreten Umständen sowohl als Arbeitnehmer als auch als Selbständiger auszuüben. Die verglichenen Kategorien sind folglich miteinander vergleichbar. Die Einrede wird verworfen.

B.7.4. Der Gesetzgeber verfolgte mit der ursprünglichen Regelung zur Sharing Economy folgende Ziele: die Bekämpfung der Schwarzarbeit, das Stimulieren von Unternehmertum und einer neuen Wirtschaftsform und die Schaffung der Möglichkeit, eine beschränkte Tätigkeit ohne umfangreiche administrative Verpflichtungen auszuüben. Daneben wollte der Gesetzgeber auch Rechtssicherheit bezüglich des Statutes der Dienstleister schaffen (ebenda). Aus den Vorarbeiten zum Gesetz vom 18. Juli 2018 ergibt sich überdies, dass der Gesetzgeber der Ansicht war, dass auch für Dienstleister, die über zugelassene elektronische Plattformen arbeiten, die Vergütung nebensächlich ist.

B.7.5. In Bezug auf das Ziel der Vermeidung von Schwarzarbeit gelten dieselben Ausführungen, die in B.6.10 wiedergegeben sind. Hinsichtlich der Annahme, dass die Vergütung für Dienstleister über zugelassene elektronische Plattformen nebensächlich ist, gelten dieselben Ausführungen, die in B.5.7 und B.6.9 wiedergegeben sind. Außerdem wurde abweichend von den ersten beiden Säulen im Rahmen der dritten Säule weder das obligatorische Vorliegen einer Haupttätigkeit noch ein monatlicher Höchstbetrag vorgesehen. Das Erfordernis, dass die Tätigkeiten außerhalb der Berufstätigkeit der betreffenden Person ausgeübt werden, ändert daran nichts. Schließlich liegt ein Widerspruch zwischen dieser Annahme und dem Ziel des Gesetzgebers vor, über die Schaffung dieses Statutes Unternehmertum zu stimulieren und ein Sprungbrett zum Statut der Selbständigen zu bieten.

B.7.6. Weder im Gesetz vom 18. Juli 2018 noch im Programmgesetz vom 1. Juli 2016 wurde eine Beschränkung hinsichtlich der Art der Dienstleistungen vorgesehen, die im Rahmen dieses Statutes erbracht werden können. Es wurde folglich nicht nachgewiesen, dass die Ungleichbehandlung zum Ziel hat, Tätigkeiten mit einem sozialen Mehrwert zu fördern.

B.7.7. Obwohl die Unsicherheit über die richtige Einstufung gegebenenfalls die Notwendigkeit eines gesonderten Statutes rechtfertigen kann, wurde ein solches Statut bereits durch das Programmgesetz vom 1. Juli 2016 geschaffen. Außerdem rechtfertigt die Unklarheit über die Einstufung es nicht, dass die angefochtenen Bestimmungen dieses Statut gleichzeitig

vollständig von den arbeitsrechtlichen Vorschriften, dem System der sozialen Sicherheit und den Steuerverpflichtungen befreien.

B.7.8. Die Klagegründe sind begründet, sofern sie sich gegen die Artikel 28 bis 39 des Gesetzes vom 18. Juli 2018 richten, sofern diese auf Dienstleister über zugelassene elektronische Plattformen Anwendung finden.

In Bezug auf die sonstigen Bestimmungen des Gesetzes vom 18. Juli 2018 und die sonstigen Klagegründe

B.8. Die Nichtigkeitserklärung der in B.5.9, B.6.11 und B.7.8 erwähnten Bestimmungen, die wesentlicher Bestandteil der Regelung zum steuerfreien Hinzuverdienst sind, hat zur Folge, dass diese Regelung insgesamt unwirksam wird. Folglich sind auch die sonstigen Bestimmungen des Gesetzes vom 18. Juli 2018 für nichtig zu erklären. Das Gesetz vom 30. Oktober 2018, das mit dem Gesetz vom 18. Juli 2018 untrennbar verbunden ist, muss ebenso für nichtig erklärt werden.

Zu der Aufrechterhaltung der Folgen

B.9. Wie in B.6.9 und B.7.5 erwähnt wurde, ist es möglich, dass Einkünfte aus Tätigkeiten, die auf der Grundlage des angefochtenen Gesetzes ausgeübt werden, für die Empfänger dieser Einkünfte alles andere als nebensächlich sind. Die Nichtigkeitserklärung des angefochtenen Gesetzes kann daher auch nachteilige Folgen für diese Personen haben. Das ergibt sich unter anderem auch daraus, dass das angefochtene Gesetz, wie in B.3.14 erwähnt wurde, selbst die Möglichkeit der rückwirkenden Neuqualifizierung der betreffenden Tätigkeiten und Einkünfte vorsieht, wobei diese Neuqualifizierung als Sanktion für die Missachtung der im angefochtenen Gesetz vorgesehenen Bedingungen gedacht ist. Um die Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die sich aufgrund des Nichtigkeitsentscheids für die betreffenden Personen ergeben können, sind die Folgen der für nichtig erklärten Bestimmungen in Anwendung von Artikel 8 Absatz 3 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof in jedem Fall für die bis zum 31. Dezember 2020 verrichteten Tätigkeiten aufrechtzuerhalten.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

1. erklärt

- das Gesetz vom 18. Juli 2018 « zur Belebung der Wirtschaft und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts » und

- das Gesetz vom 30. Oktober 2018 « zur Abänderung des Gesetzes vom 18. Juli 2018 zur Belebung der Wirtschaft und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des Einkommensteuergesetzbuches 1992 »

für nichtig;

2. erhält die Folgen der für nichtig erklärten Bestimmungen in Bezug auf die bis einschließlich zum 31. Dezember 2020 geleisteten Tätigkeiten aufrecht.

Erlassen in niederländischer, französischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 23. April 2020.

Der Kanzler,

Der Präsident,

F. Meersschaut

A. Alen